

# Dresdener Nachrichten

Begründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden.  
Druckerei-Nummer 25 241  
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden bei wöchentlichem Bezug monatlich M. 30.—, oder durch die Post bei täglichem zweimonatlichem Bezug monatlich M. 35.—.  
Die 10p. Ausgabe M. 7.—, außerhalb Sachsens M. 8.—, Familienangehörige, Anzeigen unter Stellen- und Wohnungsmarkt, 10p. Ausgabe M. 5.—, Vorzugssätze laut Tarif. Unvollständige Lieferungen gegen Vorzahlung. Einzelnummer M. 2.—, Sonntagsausgabe M. 2.50

Gedruckt und herausgegeben von:  
Karlenschtr. 38/40.  
Druck u. Verlag von Neff & Reichert in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdener Nachr.“) zulässig. — Unentgeltlich Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

**SIEZI** der **DUFT** des **ORIENTS**

Flasche  
175,00 250,00

**Paul Schwarzlose**  
Dresden-A. Schloßstr. Nr. 13

## Sturmjahren in deutschen Volksvertretungen.

### Sandgemenge im preussischen Landtag.

Der Präsident nachhilflos.

Berlin, 6. Juli. Im preussischen Landtag wurden heute die vom Verfassungsausschuss vorbereiteten Anträge der Kommunisten, der Unabhängigen und der Koalitionsparteien für den

#### Schutz der Republik

in Verbindung mit der ersten und zweiten Lesung der von dem Ausschuss vorgeschlagenen Gesetzentwürfe wegen Verwahrung einer Amnestie und wegen Änderung des Disziplinarrechtes für die nichtrichterlichen Beamten und für die Richter besprochen. Bei den Ausführungen der deutschen Abgeordneten Weiskopf und Dr. Deeburg kam es wiederholt zu für mich in Zukunft aus den Reihen der Linken. Dr. Deeburg wurde schließlich gezwungen, seine Ausführungen zu schließen. Als der Abg. Hermann-Friedrich (D.N.) an einer persönlichen Bemerkung auf die Rednertribüne auftrat, erhob sich auf der linken Seite des Hauses ein

#### unausgeheurer Sturm der Entrüstung.

Offenbar wegen der in den letzten Tagen erschienenen Zeitungsnachricht, wonach der Abg. Hermann-Friedrich eine Verordnungsorganisation mit Geldmitteln unterstellt haben soll. Unter der Führung des unabhängigen Abgeordneten Meier-Berlin eilten die Abgeordneten der Linken zur Rednertribüne. Deutschnationale Abgeordnete kamen zum Schutz des Redners herbei. Unter unbeschreiblicher Erregung des Hauses und unter lauten Schlußrufen der Linken verlas Abg. Hermann-Friedrich eine Erklärung, die unverständlich blieb, die sich aber anscheinend auf die genannte Zeitungsnachricht bezog. Der Tumult wurde inzwischen immer größer.

Der Abg. Meier ergriff ein auf dem Tische des Hauses liegendes Altkleid und warf es dem Redner an den Kopf. Als sich zwei unabhängige Abgeordnete durch die Reihen der Deutschnationalen zum Redner hindurchdrängen wollten, kam es zu einem Handgemenge. Einige Momente lang sah man nur einen sich heftigenden und dröhnenden Ränkel von Abgeordneten.

Vergeblich suchte der Präsident mit dem Glocke Ruhe zu schaffen. Der Abg. Bürgen (Unabh.) wurde mit deutschnationalen Abgeordneten handgemein, was bei den bürgerlichen Räumlichkeiten auslief. Nachdem der Präsident seinen Platz verlassen hatte, hörten die Hausbesitzer die Anrede. Auf allmählich glätteten sich die Wogen der Erregung.

Präsident Veinert gab darauf bekannt, daß sich der Ausschuss mit den Vorgesängen beschäftigen werde. Nachdem der Verfassungsausschuss seine Sitzung beendet hatte, wurde die Plenarsitzung wieder aufgenommen. Präsident Veinert gab eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Ausschuss ist der Meinung, wenn nicht die Parteien und alle Mitglieder des Hauses dafür sorgen, daß die Autorität des Präsidenten gestärkt wird und seinen Anordnungen Folge geleistet wird, ist es unmöglich, die parlamentarische Tätigkeit weiter zu führen. Infolgedessen ist an die Parteien das Ersuchen gerichtet worden, bei ihren Mitgliedern darauf hinzuwirken, daß geordnete Verhandlungen im Landtage möglich sind. Der Ausschuss schlägt Ihnen vor, sich jetzt zu verhalten. Der Verfassungsantrag wurde gegen die Stimmen der drei sozialistischen Parteien angenommen und die Sitzung geschlossen. (W. T. B.)

### Losender Lärm im Reichstag.

Die Verleumdung Hindenburgs durch die Rechtsparteien. (Drahtmeldung aus Berlinerschiffbau.)  
Berlin, 6. Juli. Auf der heutigen Tagesordnung des Reichstages standen zunächst die Interpellationen gegen antirepublikanische Kundgebungen. Eine Interpellation Frau Agnes (Unabh.) erhebt Einspruch gegenüber dem Fortbestehen von Selbstschutzorganisationen. Eine weitere Interpellation Agnes behauptet, daß Personen, deren Handlungen strafrechtlich durch die Amnestie vom 4. August 1920 geschützt sind, zivilrechtlich für Handlungen verantwortlich gemacht werden, die sie zur Abwehr des Kapp-Putsches begangen haben. Eine Interpellation Krapp (Unabh.) verlangt Aufklärung über die Verhältnisse in Ostpreußen anlässlich der Hindenburgreise und eine Interpellation Müller-Franken (Soz.) protestiert gegen die Regimentsfeiern, die sich zu antirepublikanischen Kundgebungen auswählten.

Abg. Dr. Moser (Unabh.) begründet die unabhängige Interpellation. Als Schuldige an den Attentaten müßten alle die gelten, die leibhaftig oder geistig mit den Mördern in Verbindung ständen. Diejenigen, die durch Reden und durch die Presse aufreizten sowie diejenigen, die Mittel zur Verfügung stellten, müßten mit demselben Maß gemessen werden wie die Mörderselbst. Geht es nicht, mit dem deutschnationalen Mördersyndikat (!) fertig zu werden, dann komme es zum offenen Bürgerkrieg.

Für kurze Zeit wurde darauf die Aussprache durch die Gesamtabstimmung über den Gesetzentwurf zur Ausführung des Artikels 18 der Reichsverfassung

Reinbildung von Ländern durch Volksabstimmung unterbrochen. Die Vorlage wurde gegen die Stimmen der beiden Rechtsparteien angenommen.

Abg. Vogel-Franken (Soz.) begründete dann die mehrheitssozialistische

#### Interpellation gegen die Regimentsfeiern.

Nicht der Gesinnung solle geknebelt werden, sondern den Verleumdungen müsse ein Ende gemacht werden. Der bayrische Innenminister habe angeordnet, daß ihm von allen Maßnahmen auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vor ihrer Ausführung Mitteilung zu machen sei. Das

könne zur Folge haben, daß die Mörder gewarnt werden. In Bayern sammelte sich alles, was auf den Revanchekrieg hinarbeite. München sei die Stadt der Mordbegrüßungen. Das Verhalten der Reichswehr bei der Hindenburgfeier in Königsberg bedeute eine ganz unerhörte Provokation des Reiches und der Reichsregierung.

Justizminister Dr. Radbruch beantwortete die Interpellation betreffend Schadloshaltung von Personen, die wegen Handlungen zur Abwehr hochverräterischer Unternehmungen zum Schadenersatz verurteilt sind. Er verlas ein Urteil in einem dergleichen Falle, in dem die Schadenersatzleistung abgelehnt wurde. Von einem amtlichen Erlaß des bayrischen Innenministers bezüglich der Informierung bei Maßnahmen auf Grund der neuen Verordnung sei nichts bekannt. Er würde auch im klaren Gegenfall zur Verfassung stehen.

Ein Vertreter des erkrankten Reichswehrministers führte als Antwort auf die Interpellation u. a. aus: Die Beteiligung der Reichswehr an der

#### Hindenburg-Verzehrung in Königsberg

war vom Reichswehrministerium genehmigt. Die Reichswehr habe alle Verabredungen innegehalten. Ein Demonstrationzug, der auf die Annahrstraße der Truppen getreten war, hat sich aber nicht an die Verabredung gehalten. Es kam zu Zusammenstößen, bei denen die Demonstranten mit Stangen, sowie mit mitgeführten Werkzeugen und mit Zielwaffen auf die Truppen losgingen. Eine planmäßige Verteidigung war zunächst nicht möglich. Erst nach Anwendung der Schusswaffe gelang es, den Angriff abzuwehren. Von unerdächtiger Seite wird behauptet, daß der Ueberfall planmäßig vorbereitet war. Die Truppen haben nur in der Notwehr gekämpft. (Sehr richtig! rechts.) Daß Gedankenspiele tatsächlich fast durchweg einwandfrei verlaufen sind, beweist am besten der Umstand, daß trotz der verhältnismäßig großen Zahl dieser Feiern Zwischenfälle nur in verhältnismäßig geringer Zahl vorgekommen sind.

Als ein unerdächtiger Kronzeuge dafür kann der sächsische Innenminister Lipinski angeführt werden, der in einer Landtagsansprache gesagt hat, bis jetzt habe ich von einem provozierenden Verhalten bei Regimentsfeiern noch nichts gehört.

Jeder hat das Recht, seine Meinung frei zu äußern. Wenn ich die schwarzweißen Fahnen verbieten soll, so müßte ich auch die roten Fahnen und den Sowjetern verbieten. Im übrigen unterliege die Frage eines völligen Verbotes der Teilnahme der Reichswehr an Regimentsfeiern ausschließlich der Prüfung des Gesamtabstimmtes.

Innenminister Dr. Brücker beantwortete die Interpellation über

#### die Selbstschutzorganisationen.

Das Bestehen dieser Organisationen war innen- und außenpolitisch eine ewige Quelle von Zwistigkeiten. Schon vor der letzten Verordnung des Reichspräsidenten mußten verschiedene Organisationen aufgelöst werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten gab der Regierung neue Mittel in die Hand, um diesen staatsfeindlichen Verbindungen zu Leibe zu kommen. Es konnte auch im Rahmen des Rechts bisher nicht gegen den Stahlhelm und vorgegangen werden. Vorgenommene Beschlagnahmen in Sachen haben aber jetzt die Möglichkeit gegeben. Ob die neuen Mittel, die der Reichs- und den Landesregierungen an die Hand gegeben sind, ausreichen, um

#### die Suche der geheimen Vereine

erfolgreich zu bekämpfen, wird die Zukunft zeigen. Wenn man von der Reichsregierung verlangt, daß sie um die Erlösung dieser Vereinigungen auch in den einzelnen Ländern weis, wenn man sie anklagt, daß sie nicht richtig vorgegangen ist, dann muß man sie auch mit der Wacht unterstützen, damit sie so eingreifen kann, wie es erforderlich ist. Es genügt nicht, daß die Regierung die Wacht hat, sich an die Länder zu wenden, sondern sie muß in der Lage sein, die Dinge zentral zu leiten. Schon mein Amtsvorgänger Koch hat vor 1 1/2 Jahren einen Gesetzentwurf eingebracht zur Errichtung eines neuen Reichskriminalpolizeiamtes.

Der Entwurf schon die Polizeihobeln der Länder, aber da, wo es sich um zentrale Interessen des ganzen Reiches handelt, gibt dieses Gesetz dem Reich die zentrale Hohen. Ich habe dieses Gesetz jetzt dem Reichsrat zugehen lassen und es wird jedenfalls auch Ihnen zugehen. Wir sind entschlossen, gegen die Vereine mit aller Strenge vorzugehen, aber wir wissen auch, daß nicht alle Vereine aus Bosheit entstanden sind. Es handelt sich um eine wissenschaftliche Frage, wie wir die zahlreichen ungelösten Gefahren unterbringen sollen. Ich bin in Verbindung getreten mit Gewerkschaften und mit dem Reichsverband der deutschen Industrie. Die Gewerkschaften haben sich für Hilfe bereit erklärt, das gleiche möchte ich auch vom Reichsverband der deutschen Industrie hoffen.

Darauf erfolgte die Besprechung der Interpellation. Abg. Cuno (D. W.): Zu den Vorgesängen in Ostpreußen muß ich sagen, daß Feldmarschall Hindenburg den bereitwilligen Wunsch hatte, in seinem hohen Alter seine Heimat noch einmal zu besuchen. Außerdem wollte er einem alten Versprechen nachkommen, alle die Städte zu besuchen, deren Ehrenbürger er ist. Die Veranlassungen waren durchaus unpolitisch. Der Besuch Hindenburgs war ein Triumphzug, wie ihn die deutschen Länder noch nie gesehen haben. Die beiden ersten Veranlassungen wurden auch von der Reichsregierung als unpolitisch angesehen. Nur die große Kundgebung wurde als parteipolitisch bezeichnet und es erfolgte der bekannte Erlaß. Er hat Kopfschütteln und Enttäuschung hervorgerufen, er ist einfach unerhört.

Trotz man das deutsche Volk empfinden, so hat auch die Republik keine Seele mehr. Unerhört ist die Reparatur der Vintopresse. Das Blut, das geflossen ist, kommt auf das Sündenkonto dieser Verheerung.

(Fortsetzung der Reichstagsverhandlungen auf Seite 2.)

### Neue Koalitionsführer.

Durch den Mord an Dr. Rathenau hat die Frage der Koalitionsverbreiterung im Reich eine erneute aktuelle Bedeutung gewonnen. Bei den bisherigen Erörterungen des Themas stand die Verbreiterung nach rechts ganz im Vordergrund. Den Hauptkeim des Antistes für ihre Verwirklichung bildete von Anfang an die Abneigung der Mehrheitssozialdemokratie, sich mit den Deutschen Volksparteilern an einen Tisch zu setzen. Die Volkspartei stand bei den Sozialdemokraten in starkem „Reaktionsgeruch“; namentlich wegen ihrer Stellung zur republikanischen Staatsform wurde sie scharf bearbeitet. Auf volksparteilicher Seite war es die Richtung Stresemann, die immer wieder auf die Notwendigkeit einer Einbeziehung der Volkspartei in die Koalition hinwies, falls man dem Gedanken einer deutschen Volksgemeinschaft zum Zwecke der Bildung einer geschlossenen Front in der auswärtigen Politik überhaupt einen Schritt näher kommen wollte. Dabei unterließ aber Dr. Stresemann nie, bei allen derartigen Erörterungen nachdrücklich zu betonen, daß seine Partei sich keinesfalls ausdrängen wolle, daß sie nur komme, wenn sie gerufen werde, und daß sie für ihre Beteiligung an der Regierung zwei unerläßliche Bedingungen stelle: 1. das Aufheben der Erfüllungsfrist von dem Augenblicke an, wo sie die Grenze der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des deutschen Volkes überschreitet, und 2. den Verzicht der Sozialdemokratie auf jede Vorherrschaft im Kabinett, und ihre Einordnung in die Reihe der bürgerlichen Parteien. So gab es längere Zeit einen Dreibund von theoretischen Erörterungen, der zu langatmigen Darlegungen der Gründe für und wider ausgewechselt wurde, ohne daß ein positives Ergebnis herauskam. Allmählich schien es aber den maßgebenden Führern der Mehrheitssozialdemokratie doch gerufen, dem Gedanken einer Zusammenarbeit mit der Volkspartei näher zu treten, und so kam auf dem Württembergertage der Volkspartei zustande, der die bisherige bedingungslose Verneinung des Zusammengehens mit der Volkspartei beilegte und die Mitwirkung von Sozialdemokraten in einem nach rechts verbreiterten Kabinett gestattete, allerdings nur unter zwei Bedingungen: einmal sollten die Volksparteiler, ohne sich grundsätzlich zur Monarchie zu bekennen, sich zur Verteidigung der Republik gegen gewalttätige Angriffe bereit erklären, und zum andern wurde von ihnen die bereitwillige Mitarbeit an der Demokratisierung der Regierung und Verwaltung verlangt. Beide Forderungen konnte die Volkspartei, nachdem sie sich einmal auf den Boden der Tatsachen gestellt hatte, bewilligen, ohne ihre Grundzüge preiszugeben. Die nächste Folge dieses Württembergertages war, daß in Preußen das rein bürgerliche Kabinett Stegerwald von einer Koalitionsregierung, in der sowohl Volkspartei wie Mehrheitssozialisten vertreten waren, abgelöst wurde.

Im Reich hing aber nach wie vor die Verbreiterung der Koalition an hundert Ketten. Hier handelte es sich nicht wie in Preußen darum, die Sozialdemokratie erst in die Regierung hineinzubringen, sondern sie hat schon darin und versuchte nun wenig Reigung, sich mit der Volkspartei in die Herrschaft zu teilen. Im Reich die Sozialdemokratie trotz Württemberg an ihrer Ablehnung eines Zusammenarbeitens mit der Volkspartei fest und dabei fand sie Unterstützung durch das Zentrum, das im Reich und in Preußen nicht gleichgültig ist. In Preußen fehlt der starke demokratische westdeutsche Einschlag, so daß dort das Zentrum einen mehr konservativen Anstrich besitzt. Das preussische Zentrum hatte auch getreu seiner Eigenart in bestimmtester Weise jede Vereinnahmung der Sozialdemokratie in die Regierung ohne gleichzeitige Teilnahme der Volkspartei zurückgewiesen und dadurch die Verbreiterung der Koalition auch nach rechts hin erzwungen. Da dieser Antriebszugunsten der Volkspartei im Reich fehlte, so blieb hier alles beim Alten und Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten teilten sich in die Leitung der Geschäfte.

An diese Verhältnisse muß man sich erinnern, wenn man die zurzeit bestehenden Ansichten auf Umbildung der Regierung im Sinne einer nach rechts verbreiterten Koalition richtig einschätzen will. Die gegenwärtige Reichsregierung ist an sich mit den Grundforderungen der Demokratie und des Parlamentarismus nicht vereinbar, da sie nur über 200 Stimmen von den 400 des Reichstages verfügt. Sie ist daher auf eine fortgesetzte Ausbuchtung von rechts und links angewiesen und mit allen Mängeln behaftet, die sich aus einer so hochgradigen Unsicherheit der parlamentarischen Lage ergeben. Eine feste, klare, zielbewusste Regierungspolitik wird unter derartigen parlamentarischen Lebensbedingungen auf das äußerste erschwert, ja fast unmöglich gemacht, und es ist daher durchaus begründlich, daß gerade in der letzten Krise, in deren Zeichen wir stehen, die Unsicherheit des Regierungsdaseins mit erneuter Wucht allen Staatsmännern und Politikern auf die Seele fällt. Es erscheint demnach nicht verwunderlich, sondern ist lediglich ein ganz natürlicher Ausdruck der Gesamtheit aller gegenwärtigen Stimmungsmomente, daß der Gedanke der Koalitionsverbreiterung abermals fortgesponnen wird.

Diesmal hat sich aber der Vorstoß nicht in erster Linie nach rechts, sondern nach links gerichtet, und zwar sind die Mehrheitssozialisten in einem parteipolitischen Schreiben an die Unabhängigen mit der Frage herangetreten, ob sie bereit wären, angesichts der neuen Lage mit der Regierung zu übereinkommen, um eine proletarische Einheitsfront zur Verteidigung der Republik und der Arbeiter-Interessen zu schaffen. Bis hier ist die Verbreiterung der Koalition nach links noch niemals über den Rahmen einer bloßen andeutungsweisen